BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, POSTFACH 04 06 09, 10063 BERLIN

An die
Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel

Katrin Göring-Eckardt
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Jürgen Trittin
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

SCHUTZ FÜR EDWARD SNOWDEN

2. Juli 2013

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

heutigen Agenturmeldungen entnehmen wir, dass Herr Edward Snowden auch Deutschland um Aufnahme und Schutz gebeten hat.

Edward Snowden hat Deutschland einen Dienst erwiesen, indem er Praktiken enthüllt hat, die gegen elementare Grundrechte verstoßen und einen schweren Vertrauensbruch zwischen Verbündeten darstellen. Deutsche Bürgerinnen und Bürger wie unsere Unternehmen müssen vor solch massiven Grundrechtsverstößen in Form derartiger Abhörpraktiken geschützt werden. Edward Snowden sollte als „Whistleblower" geschützt werden und bei seiner Suche nach sicherem Aufenthalt nicht auf Regierungen mit fragwürdigen Menschenrechtsbilanzen angewiesen sein, wie diejenigen Russlands oder Ecuadors. Dass Edward Snowden Asyl in Russland wegen unerfüllbarer Bedingungen bereits abgelehnt hat, macht die Dringlichkeit der Problematik klar.

Wir weisen darauf hin, dass die Bundesrepublik Deutschland ein eigenes Interesse daran hat, dass Herr Snowden unmittelbar über die gegen unser Land gerichtete Praxis der USA und Großbritanniens berichten kann. Herr Snowden darf nicht durch Strafverfolgungsmaßnahmen der USA zum Schweigen gebracht werden.

Wir appellieren an Sie, Edward Snowden eine Aufenthaltserlaubnis nach §22 des Aufenthaltsgesetzes zu erteilen. Es bestehen wie dargelegt, „dringende humanitäre Gründe" und das „politische Interesse der Bundesrepublik Deutschland" gebietet eine entsprechende Aufnahmeerklärung. Sie sind angesichts des politischen Charakters der Taten, die Herrn Snowden vorgeworfen werden, mehr als berechtigt, ein Auslieferungsverfahren abzulehnen. Die Bundesrepublik sollte dies im Falle eines solchen Ersuchens seitens der USA bezüglich Edward Snowdens auch tun.

Die von Edward Snowden an das Licht der Öffentlichkeit gebrachten Informationen haben die EU, die Bundesrepublik Deutschland, deutsche Bürgerinnen und Bürger wie unsere Unternehmen auf unerhörte Eingriffe in ihre Grundrechte aufmerksam gemacht. Er hat damit dem Interesse unseres Landes, unserer Demokratie und unserer Wirtschaft gedient. Letztlich hat er auch der amerikanischen Demokratie einen Dienst erwiesen, mit deren Grundlagen und Prinzipien die enthüllten Praktiken unvereinbar sind.

Mit freundlichen Grüßen